



An die
Mitglieder der
Koalitionsarbeitsgruppe
Arbeit und Soziales

Bundsvorsitzender

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Telefon 030. 40 81-41 01
Telefax 030. 40 81-41 99
DauderstaedtKl@dbb.de
www.dbb.de

Berlin, 15. November 2013

Tarifeinheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Prinzip der Tarifpluralität bestimmt spätestens seit 2010 die Tarifrealität in Deutschland. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst und seine privatisierten Bereiche. Hier gestalten wir als dbb die Tarifrealität aktiv mit. Eine Ausweitung von oftmals beschworenen Streikaktivitäten hat es hier nicht gegeben, schon gar nicht auf Seiten sogenannter Spargewerkschaften.

Wohl auch deshalb hatte das Thema an Dringlichkeit verloren. Dazu kam aber in der politischen Debatte damals schon die Erkenntnis, dass eine erzwungene Tarifeinheit grundgesetzwidrig ist. Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie würden massiv in Frage gestellt. Die Rechtsgelehrten sind sich einig, dass ein Repräsentativmodell in Karlsruhe keinen Bestand haben würde. Das gilt auch dann, wenn die sogenannte Mehrheitsgewerkschaft mit der oder den kleineren Gewerkschaften vor dem endgültigen Tarifabschluss eine Art Konsensgespräch führen müsste.

Selbst wenn man deren Ernsthaftigkeit unterstellte, würde die kleine Gewerkschaft zum Bittsteller degradiert. Rechtlich, wie bereits erwähnt, wäre solches Vorgehen nicht verfassungskonform, politisch würde die Arbeitnehmerseite einseitig geschwächt durch diese Einschränkung des Streikrechts und "tarifpraktisch" wirft jede Form von "Repräsentativtarifrecht" mehr Probleme auf, als damit gelöst werden. Wie zum Beispiel definiert man im öffentlichen Dienst den Betrieb? Ist jede Schule oder ist jedes Finanzamt ein Betrieb? Und wie misst man, welche Gewerkschaft im Betrieb die meisten Mitglieder hat? Von ständig wechselnden Mehrheiten in Sektoren mit Haustarifverträgen ganz zu schweigen.

Der dbb sieht die Gefahr, dass hier eine gewachsene Tarifikultur zerschlagen wird und an seine Stelle rechtlich angreifbare Konstrukte gestellt werden. Deshalb schlagen wir vor, statt einer übereilten Festlegung legislativer Ziele einen Diskussionskreis zu initiieren, der mit allen Beteiligten das Problem erörtert. Dabei sollte damit begonnen werden, das Problem zu konkretisieren und zu quantifizieren. Schaut man nämlich auf die Tarifrealität im Herbst 2013 zeigt sich Deutschland - gewohnt - streikarm. Für weiterführende Gespräche stehen wir auch kurzfristig zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dauderstädt
Bundsvorsitzender